Landtag Rheinland-Pfalz
16. Wahlperiode

Vorlage 16/3232
13. November 2013

An die
Mitglieder des
Sozialpolitischen Ausschusses

Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT

Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 13. November 2013 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

„Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz zur Herausnahme der öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften aus dem Anwendungsbereich des Gesetzes zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung“.

Begründung:

Die Landesregierung hat eine Bundesratsinitiative zur Herausnahme der öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften aus dem Anwendungsbereich des Gesetzes zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung eingebracht. Diese Initiative wurde in den Medien als geplantes „Staatsprivileg für Zeitarbeit“ bezeichnet (FAZ 8. November 2013).

Die Landesregierung wird um Berichterstattung gebeten.